

Für einen attraktiven öffentlichen Dienst in Niedersachsen.

Effiziente und bürgernahe Verwaltungen sowie ein breites Angebot an öffentlichen Dienstleistungen sind die tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Die Arbeitsbedingungen von Landesbeschäftigten und -beamt*innen, die für diese hohe Qualität sorgen, müssen deshalb deutlich verbessert werden. Das Land muss eine Kultur der echten Wertschätzung leben, wenn es als Arbeitgeber attraktiv sein will.

Kürzungen und Privatisierungen haben dazu geführt, dass die Personaldecke ausgedünnt ist. Die Belastungen für Beschäftigte sind auch im Ländervergleich deutlich angestiegen – in öffentlichen Ämtern, Bildungsstätten und Polizeidienststellen oder bei der Kinder- und Krankenbetreuung. Verschärft wird die Situation durch schlechtere Besoldung und Versorgung oder durch Befristungen.

Ziel muss ein handlungsfähiger Landesdienst sein, der stets – auch in Krisensituationen – seine Aufgaben erfüllen kann. Es darf keine Konsolidierungspolitik auf Kosten der Beschäftigten geben.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Fachkräftesicherung:** Fachkräfte offensiv anwerben, ausbilden, einstellen und weiterbilden sowie parallel den Beförderungsstau auflösen und befristete Einstellungen reduzieren.
- **Lebenslanges Lernen:** Ein Bildungszeitgesetz auf den Weg bringen, das auch für Beamt*innen gilt und so einen Beitrag für Entwicklung und Flexibilität leisten.
- **Bezahlung:** Tarifiergebnisse zeit- und wirkungsgleich auf Beamt*innen übertragen, um mit der Preis- und Lohnentwicklung in der freien Wirtschaft Schritt zu halten.
- **Pensionen:** Gute Versorgung und die Übertragung von Tarifiergebnissen sicherstellen sowie Sonderzahlungen und die Ruhegehaltspflicht von Zulagen sicherstellen.
- **Pauschale Beihilfe:** Beamt*innen, die freiwillig gesetzlich krankenversichert sind, durch eine pauschale Beihilfe unterstützen, damit nicht Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag selbst getragen werden müssen.
- **Digitalisierung:** Investitionen in eine offensive Digitalisierung vornehmen, um sichere und anwendungsorientierte Hard- und Software auf- und auszubauen sowie die Beschäftigten zu qualifizieren.
- **Mitbestimmung:** Das niedersächsische Personalvertretungsrecht für die digitale Arbeitswelt so novellieren, dass die Rechte der Personalräte gestärkt und ausgebaut werden.
- **Gesundheitsschutz:** Durch mehr Personal Arbeitsverdichtung und Überstunden entgegenwirken und insbesondere für Beschäftigte mit vielen Kontakten wie Erzieher*innen, Schulbeschäftigten oder Polizist*innen eindeutige Regelungen treffen, die ihre Gesundheit schützen.
- **Gewaltprävention:** Der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte bei Polizei, Rettungsdiensten oder Feuerwehr begegnen und dafür Beratungs- und Schulungsangebote ausbauen, Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften einrichten und einen besseren Schutz persönlicher Daten der Beschäftigten garantieren.

VERGLEICH DER A9-JAHRESBRUTTOBESOLDUNG (EINGANGSSTUFE) NACH BUNDESLÄNDERN

Angaben in Euro/Stand Juni 2021

BY	37 364
SH	35 796
HH	35 581
BW	35 488
RP	35 296
BE	34 984
HE	34 948
...	
MV	34 483
NI	34 278
SL	33 927

Quelle: DGB-Personalreport Öffentlicher Dienst 2021; eigene Darstellung